



Die Kinder- und Jugendhilfe Wien unterstützt Familien in Krisen und schützt junge Menschen. Dafür braucht es aber verlässliche Ressourcen und klare Strukturen, damit Mitarbeitende langfristig entlastet werden.

System am Limit – Weckruf aus der Kinder- und Jugendhilfe

Überlastete Einrichtungen können die stetig steigenden Herausforderungen nicht bewältigen. Eine Lösung ist nicht in Sicht. Darunter leiden vor allem die Kinder und Jugendlichen – aber auch die Kolleg*innen im Einsatz.

Seit Jahren beschäftigt die angespannte Situation in den Krisenzentren der Wiener Kinder- und Jugendhilfe alle Beteiligten. Trotz zahlreicher Bemühungen ist es bislang nicht gelungen, die Lage nachhaltig zu stabilisieren. Inzwischen werden auf Stellen, die für acht Kinder systemisiert sind, regelmäßig zwölf bis dreizehn Kinder betreut – ein deutlicher Hinweis auf die strukturelle Überlastung des Systems.

Langfristige Entlastung kann nur durch den Ausbau geeigneter Folge- und Betreuungsplätze erreicht werden.

Fehlende Kapazitäten

Besonders im sozialtherapeutischen und sozialpsychiatrischen Bereich mangelt es weiterhin an ausreichend Plätzen. Erstmals sind auch im eigenen Bereich der MA 11 keine freien Unterbringungsmöglichkeiten mehr vorhanden. Der Bedarf an zusätzlichen Plätzen in ausreichender Anzahl ist daher unübersehbar.

Alle Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe stehen unter hohem Druck. Die stationären Einrichtungen tragen die Folgen, da zunehmend Kinder und Jugendliche mit komplexen Problemlagen aufgenommen werden – von gesundheitlich beeinträchtigten oder traumatisierten Kindern bis hin zu Babys in akuter Krisensituation.

Auch externe Institutionen wie die Kinder- und Jugendanwaltschaft, die Volksanwaltschaft und der Rechnungshof weisen regelmäßig auf die strukturellen Engpässe hin.

Private Sicherheitsdienste benötigt

Die tägliche Arbeit in den Krisenzentren wird unter diesen Bedingungen zunehmend herausfordernd. Platzmangel und Zeitdruck erschweren es, den notwendigen Schutz und die individuelle Betreuung der Kinder sicherzustellen. Die Dynamik innerhalb der Einrichtungen ist oft hoch, Konflikte und Überforderung nehmen zu. Auch die Sicherheit der Beschäftigten steht zunehmend im Fokus.

Der Einsatz privater Sicherheitsdienste zeigt, wie angespannt die Situation bereits ist – ein Zeichen für ein System, das an seine Belastungsgrenzen gelangt ist.

Krisenpflegeplätze - Mitarbeitende springen ein

Besonders angespannt ist die Lage bei den Krisenpflegeplätzen. Diese sollen eigentlich kurzfristige, sichere Unterbringungen für Kinder zwischen null und drei Jahren bieten. Derzeit sind sie jedoch dauerhaft ausgelastet, was dazu führt, dass Kinder länger bleiben müssen als ursprünglich vorgesehen.

In Einzelfällen übernehmen Mitarbeiter*innen der Kinder- und Jugendhilfe sogar selbst kurzfristig Betreuungsverantwortung, um Notfälle abzufangen – ein beeindruckendes Zeichen persönlicher Verantwortung, das jedoch strukturelle Grenzen deutlich macht.

Ein zentraler Engpass entsteht auch hier durch den Mangel an Pflege- und Folgeplätzen. Ende Oktober waren 78 Kinder in Krisenpflegeplätzen untergebracht, von denen bereits 47 auf eine dauerhafte Unterbringung warteten. Damit wird das gesamte System blockiert.

Ein wichtiger Baustein für eine Lösung des Problems ist die Einführung eines Anstellungsmodells für professionelle Pflegeeltern. Dadurch könnten Pflegeeltern sozial abgesichert, geschult und als Teil des professionellen Hilfesystems anerkannt werden.

Personal am Limit

Die Engpässe in den Krisenzentren wirken sich unmittelbar auf die Arbeit der Regionalstellen aus. Fachkräfte stehen zunehmend vor der schwierigen Aufgabe, zwischen akutem Schutzbedarf und den begrenzten Unterbringungsmöglichkeiten abzuwägen.

Auch hier führt Personalmangel zu Überlastung, langen Wartezeiten und hohen psychischen Belastungen. Trotz großer Professionalität und Engagement der Mitarbeiter*innen ist eine dauerhafte Aufrechterhaltung dieser Intensität kaum möglich.

In den vergangenen Jahren wurde der Ausbau ambulanter Hilfen vorangetrieben – ein richtiger Schritt, der jedoch mehr Ressourcen benötigt, um Krisen frühzeitig aufzufangen und stationäre Unterbringungen zu vermeiden.

Auch die Rechtsvertretung innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe stößt an ihre Grenzen. Der Personalstand wurde über Jahrzehnte kaum angepasst, während die Aufgaben deutlich zugenommen haben. Um die Qualität und die notwendige Arbeitsleistung für die Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt weiterhin gewährleisten zu können, sind die bereits vereinbarten zusätzlichen Dienstposten dringend umzusetzen.

Mitarbeiter*innen der Kinder- und Jugendhilfe leisten seit Jahren Außergewöhnliches, oft über ihre Belastungsgrenzen hinaus. Doch professionelles Engagement allein kann strukturelle Defizite nicht ausgleichen. Es braucht politische Entscheidungen, die den Rahmen für nachhaltige und fachgerechte Kinder- und Jugendhilfe schaffen.

Politik gefordert

Die Kinder- und Jugendhilfe ist ein zentraler Bestandteil des sozialen Netzes unserer Stadt. Sie schützt Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen und bietet Familien Unterstützung in Krisen.

Damit sie diese Aufgabe auch künftig erfüllen kann, braucht es politische Aufmerksamkeit, verlässliche Ressourcen und den Mut, strukturelle Reformen anzugehen.

Nur so kann gewährleistet werden, dass Kinder und Jugendliche jene Sicherheit und Zuwendung erhalten, die sie verdienen – und dass die Beschäftigten der Kinder- und Jugendhilfe unter Bedingungen arbeiten können, die diesem hohen Anspruch gerecht werden. ◦

stefan.rudolph@wien.gv.at

andreas.walter@wien.gv.at



Stefan Rudolph

Vorsitzender DA 129, Wiener Kinder- und Jugendhilfe, WKJH-S, WKJH-R, FAMZ, Fachbereich Pflegekinder, SKT, IAK + zugehörige Kanzleien



Andreas Walter

Vorsitzender DA 116, Sozialpädagogische Regionen



Engpässe in Krisenzentren erschweren Regionalstellen die Abwägung zwischen Schutzbedarf und begrenzten Plätzen, während Personalmangel Überlastung und psychische Belastungen deutlich verstärkt.